

Finanzfragen in Preußen.

Berlin, 4. Juni.

Der Haupthausschuss des Preußischen Landtages nahm in zweiter Sitzung den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung an. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, die gesamten staatlichen Unternehmungen und Besitzungen unter Ausübung der staatlichen Charakter in selbständigen, unter eigner Verantwortung wirkenden Betriebskörpern in der Rechtsform freier Gesellschaften zusammenzufassen. Im Anschluß daran nahm der Ausschuss auch das Haushaltungsgeges für 1923 an. In der vorangehenden Ansprache wurde die Frage des Abbaus des Beamten- und Angestelltenpersonals beprochen. Alle Parteien erklärten sich mit den Plänen des Finanzministers in dieser Beziehung einverstanden. Des weiteren stand ein Antrag der Koalitionsparteien um, wonach der Finanzminister ermächtigt wird, rückwirkend vom 1. April 1923 ab bei den vom Staat begebenen Anteilen die Schuldverschreibungen, Schahamweisungen, Binschäne und Wechsel gänzlich oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmtem Wertverhältnis gleichzeitig aus in- und ausländische Währungen oder auch aus Einheiten von Sachwerten (Tonne Kali, Bentner Rogen usw.) zu stellen.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

Selbstmord des Angeklagten Machaus.

München, 4. Juni.

Vor dem Volksgericht in München begann heute die Verhandlung in der Hochverratsangelegenheit Fuchs-Machaus. Der angeklagte Kapellmeister Hugo Machaus hat sich wenige Stunden vor Beginn der Verhandlung in seiner Zelle erhängt. Am Tage vor der Verhaftung der übrigen Angeklagten, am 6. März, hatte sich, wie man sich erinnern dürfte, der gleichfalls des Hochverrats beschuldigte frühere Rechtsrat der Stadt München Rühles in seiner Villa erschossen. Neben Fuchs fanden als Mitangeklagte auf der Anklagebank die Kaufleute Mühl und Berger und die Brüder Richard und Adolf Gutermann.

Die Anklage.

Fuchs, Rühles, Machaus und Genossen sollen, wie die Anklagekrist behauptet, die Abtrennung Bayerns vom Reich betrieben haben. Zum Zwecke der Durchführung dieses Planes sollte das Land gegen den Norden hin militärisch abgesperrt werden. Um das zu erreichen, wollte man sich die wohlwollende Neutralität Frankreichs sichern. Machaus und Fuchs sollen zu diesem Bedarf mit dem französischen Obersten Rittertum, dem früheren Kohlenkommissar für das Saargebiet, in Verbindung getreten sein. Die französische Regierung soll von all diesen Plänen gewußt und große Geldmittel zur Verfügung gestellt haben. Am 13. Februar 1923 sollte man losgelassen, aber die hochverräterschen Männer waren inzwischen rückbar geworden. Fuchs und Machaus wollten, wenn alles gut gegangen wäre, in Bayern einen aus vier bis sechs Männern bestehenden Regierungsrat mit diktatorischer Gewalt einsetzen und Männer wie Rahr, Epp und Böhner, selbst gegen ihren Willen, zur Übernahme von Ämtern veranlassen. Der bayerische Landtag sollte verschwinden, und es sollte sofort die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Auch für die ganze übrige Neuordnung der Dinge war bis ins kleinste vorgezogen.

Die Vernehmung des Hauptangeklagten.

Nachdem der Einwand des Einwiders des Angeklagten Fuchs, daß nicht das Volksgericht, sondern der Staatsgerichtshof zuständig sei, vom Gericht zurückgewiesen worden war, begann die Verhandlung mit der Vernehmung des Fuchs. Er hat den Professortitel und übt im wesentlichen die Tätigkeit eines Theater- und Kunstrichters aus. Fuchs erklärte, daß er nicht Politiker sei und auch keiner politischen Partei angehöre. Er wollte, wie er behauptet, Bayern ebenso sehr gegen den drohenden Volksbewegung wie gegen die Hitler-Gefahr schützen und zu diesem Zweck die Reichswehr und die Schupo zu einer Miltz vereinigen. Seine Verbindung mit Rüdert habe er angeknüpft, um Frankreich von einem Einschreiten abzuhalten. Die Reichseinheit sollte in neuer Form gewährleistet werden. General Woedl, der frühere Leiter des Wehrkreises Bayern, habe ihm für seine Tätigkeit im Interesse des Vaterlandes wiederholt gedankt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Kassationsverfahren im Fall Krupp.

Die Kassationsverhandlung im Fall Krupp wird vorläufig erst nach 5 bis 6 Wochen stattfinden. Herr Krupp v. Bohlen und Halbach und die verurteilten Direktoren sind übrigens nicht, wie irrtümlich gemeldet wurde, nach Zweibrücken bzw. Saarbrücken transportiert, sondern befinden sich noch im Gefängnis in Düsseldorf-Terendorf. Sie sind in Einzelzellen untergebracht, können aber während des Tages miteinander verkehren.

Politik mit der Pistole.

In Freiburg bei Nürnberg ereigneten sich bei einer Versammlung der Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei schwere Zusammenstöße zwischen Sozialisten und verschiedenen Angehörigen der Vereinigung Reichsflagge, so daß zur Unterstürzung der Gendarmerie eine Abteilung Landespolizei herbeigeholt werden mußte. Beim Betreten des Versammlungsorts wurde die Landespolizei mit Pistolen schüsse empfangen und mußte darauf ihrerseits von der Schuhwasse Gebrauch machen, doch war die Ruhe abßald wiederhergestellt. Bei der Räumung des Saales wurden zahlreiche Waffen beschlagnahmt. Ein Krankenfassenbeamter aus Nürnberg wurde durch einen Schuß getötet, einige andere Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. Die Hauptländer wurden festgenommen.

Der Streit um die Saar-Beratung.

In seiner Beantwortung des englischen Memorandum über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Verwaltung des Saargebietes nimmt Poincaré den Standpunkt ein, daß die französische Regierung könne die Regierungskommission im Saargebiet nicht der Kontrolle des Völkerbundes unterstellen werden, und die Notverordnung vom 7. März sei ihr folge vollkommen rechtsgültig. Im übrigen werde der englische Protest abßald gegenstandslos werden, da die von der Kommission angeordneten Ausnahmevereinbarungen bis auf weiteres aufgehoben werden sollen.

Frankreich.

× Anatole France gegen die Ruhrbesetzung. Bei der Einweihung des Denkmals für den ermordeten Jaurès in Garmaux ergriff Anatole France das Wort. Er ver-

urteilte die Ruhrbesetzung und erklärte, er sei überzeugt davon, daß eine feste und friedliche Aktion ebenso wirkungsvoll gewesen wäre, und daß im übrigen die Wiederaufnahme der Geschäfte mit einem benachbarten Volle dem französischen Volle in sicherer Form Wohlstand bereitet haben würde.

Bulgarien.

× Keine Revolution in Bulgarien. Gegenüber den immer wiederkehrenden Berichten über die bulgarischen Verbündeten stellt die Bulgarische Telegraphen-Agentur erneut fest, daß alle Gerüchte, die von Revolution oder Unordnung in Bulgarien sprechen, völlig falsch sind und nur zu dem Zweck ausgestreut werden, dem Steigen des Gewissens entgegenzuwirken. Bulgarien erfreue sich völlig geordneter Verbündeten. Die Arbeiten des Parlaments nahmen einen ruhigen Verlauf.

Nordamerika.

× Der Kampf gegen den Alkohol. Das Schatzdepartement hat Bestimmungen über die Frage der Alkoholvorräte an Bord fremder Schiffe erlassen, die sich genau an die vom Obersten Gerichtshof getroffenen Entscheidungen halten. Danach ist den Schiffen innerhalb der territorialen Gewässer nicht gestattet, geistige Getränke an Bord zu haben, außer wenn sie medizinischen Zwecken dienen, für die fremden diplomatischen Vertretungen bestimmt sind, oder sich an Bord eines fremden Kriegsschiffes befinden. Am Land darf Alkohol nicht gebracht werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Hier fand die Unterzeichnung eines auf den Vertrag zwischen Deutschland und Niederländisch-Österr. bezüglichen Zulaufertrages zum deutsch-niederländischen Handelsvertrag statt.

Bern. Eine Gruppe schweizerischer Großbauten hat in einer Versammlung in Olten beschlossen, 25 Millionen Franken von der österreichischen Anleihe zu übernehmen.

Madrid. Im Maroko wurde ein neuer Angriff der Kabiles abgeschlagen. Die spanischen Truppen verloren mehr als hundert Mann.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten.

Schwedische Kundgebung gegen den Ruhr einbruch.

Berlin, 5. Juni. Der schwedische Reichsverband des Mittelstandes, Medienklassen-Altkreditkombinat, hat an den deutschen Gesandten in Stockholm ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Mit blutendem Herzen folgen wir dem mutigen Christenlampf unserer unglücklichen Standesgenossen in Ew. Exzellenz so grausam behandelten Vaterlande, und soweit es unsere schwachen Kräfte nur gestatten, werden wir alles aufbieten, um auch unser Scheitern zur Linderung der zum Himmel schreienden Not laufend beizutragen zu können. Der ganze Menschheit gereicht es zur unauslöschlichen Schande, die es überführt mit antrieb, wie ein auf dem Schlachtfelde unbefriedet und nur durch Hunger, Liss und Verlust zur Niederlegung der Waffen verleitetes, überaus dochstehendes Kulturovoi städtisch, gesundheitlich und ökonomisch zugrunde gerichtet wird.

Starke Steigerung der Indexziffer.

Berlin, 4. Juni. Die nach der Feststellung des Statistischen Reichsamtes errechnete Steigerung der Indexziffer für Lebensunterhalt (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Kleidung) beträgt im Durchschnitt im Mai 1923 (1 im Jahre 1913) gegen 254 im April. Die vorstehenden Zahlen sind aber im weiteren Verlauf infolge der starken Markverschlechterung wesentlich überholt.

Sachsen gegen bayerische Volksgerichte.

Dresden, 4. Juni. Das sächsische Justizministerium hat die ihm unterstellten Staatsanwälte angewiesen, Rechtsbilanzsuchen der bayerischen Volksgerichte in Zukunft nicht mehr zu entsprechen. Diese Verordnung gilt nicht für die Volksgerichte, die auf Grund der neuen bayerischen Ausnahmeverordnung vom 11. Mai 1923 die Rechtsprechungen ausüben, denn diese Verordnung ist rechtmäßig. Das sächsische Ministerium des Innern hat in gleicher Weise die ihm unterstellten Polizeibehörden angewiesen, Rechtsbilanzsuchen bayerischer Volksgerichte nicht mehr zu willhaben.

Beilegung von Lohndifferenzen in Breslau.

Breslau, 4. Juni. Die Lohndifferenzen bei den Linken-Hofmann-Werten sind beigelegt. Die Belegschaften sind heute früh vollzählig wieder angetreten.

Katholikenkundgebung an der Saar für Deutschland.

Saarbrücken, 4. Juni. Hier wurde unter außerordentlich großer Beteiligung aus allen Gegenden des Saargebiets und der angrenzenden Gebiete der erste saarländische Katholikenstag abgehalten, an dem die Bischöfe von Speyer und Trier teilnahmen. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf 60 bis 70 000 Personen. Die Kundgebung kann als Beweis der deutschen Gefinnung der saarländischen Katholiken gelten, die befunden wollen, daß sie in alter Treue beim Bistum Trier zu bleiben und nicht dem Bistum May angeschlossen zu werden wünschen.

Berührter Druck im Ruhrrevier.

Effez, 5. Juni. Seit einigen Tagen macht sich ein berührter Druck im Ruhrgebiet bemerkbar. Die französisch-belgischen Besatzungsbehörden machen ancheinend den Versuch, mit allen Mitteln ihre Pläne durchzusetzen. Unbekanntbar ist der Nebenzweck, durch einen erhöhten Druck auf die Industriestädte auch die Arbeiterschaft, soweit sie sich nicht in den Händen geschulter Führer befindet, zu Aktionen gegen die gewerkschaftlichen Parolen zu treiben. Zeigt sich wieder einer Reihe von Zechendirektoren von den französischen Besatzungsbehörden Befehle zugegangen, die Koblenzlieferung an Frankreich und Belgien sofort wieder auszunehmen. Für den Fall der Richterfüllung dieses Verlangens wird mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und hohen Geldstrafen gedroht. Die Zechendirektoren lehnen es ab, Kohlen an die Einbruchsmächte zu liefern, aus welchem Grunde bereits ein Verfahren gegen sechs Zechendirektoren bei dem Werderer Amtsgericht schwelt.

Wieder ein französisches Flugzeug im unbekannten Gebiet.

Effez, 4. Juni. In der Nähe von Aplerbeck im unbekannten Gebiet ist ein französisches Flugzeug in Trümmer gegangen. Die Insassen des Flugzeuges sind in Schuykost genommen worden.

Die Deutsche Tagess-Chronik.

München. Hier wurde die Daueranstellung des deutschen Postdienstes, die München, eröffnet.

Efen. Auf der 10. Februar Konkurrenz, Schacht I, ist ein Grubenbrand ausgebrochen. Die Bergleute, die in Gefahr waren, konnten gerettet werden.

Uppsala. Eine von der biesigen Studentenschaft veranstaltete Sammlung für notleidende deutsche Studenten hat bisher 8000 Kronen eingeholt.

Die Erwerbslosen haben Café Felsche gestürmt.

Im Delpitzer Palmgarten lagt gellert eine Erwerbslosenverlammung, in welcher Protest gegen die wadtmäßige Teuerung vorgelegt wurde. Dann wurde man vorstellig beim Rat der Stadt Leipzig; dieser teilte mit, daß die Stadt allein nicht in der Lage sei, die Wünsche der Erwerbslosen zu befriedigen. Der Rat wollte jedoch bei der bündischen Regierung vorstellig werden, daß von dort aus unverzüglich Schritte zur Linderung der Not unternommen werden. Der größere Teil der Versammlungen gab sich mit diesen Befehlen zufrieden. Zwischen dem dreitausend Mann, meist halbwüchsiger Bürgern, scharten sich aber, wie Leipzig's Bürger darunter zusammen. Unter den Auten: Nieder mit den Schiebern! Nieder mit den Bettlappen! zogen sie zur Markthalle. Hier waren die Eingänge besetzt. Der Zug bog zum Promenadenring ab und zog

zum Augustusplatz.

Hier sollte die Disziplin, Schißbruch erleiden. Angeschossen durch Zurufe, namentlich halbwüchsiger Bürgern, stürzten die Demonstranten ins Kaffeehaus Felsche. Die Gäste nahmen entsetzt Beifalls. Wühlschnell folgten ihnen die Teilnehmer der Demonstration, und nun spießte sich ein Eiszug ab, der im Interesse der Arbeitslosen, deren Schicksal jeder rechtlich denkbare Mensch bedauern wird, besser unterblieben wäre. Die auf der Veranda aufgestellten Tische und Stühle wurden umgeworfen und durch die Fensterläden geschleudert. Es wurde nur Schaden, und das Café zu einem chaotischen Bild. Kuchenkübel, Platten, Teller, Gläser und anderes lagen wüst auf dem Boden. Die schweren marmornen Tischplatten wurden zerstochen. Es ist schwer zu sagen, daß es gerade Arbeitslose waren, die diesen bösen Streich vollführten. Vielleicht, daß sich ihnen jene Elemente angehlossen hatten, die im Seeburg-Viertel sich breitzumachen pflegten, denn anders ist es gar nicht zu erklären, daß plötzlich die

Parole: Zum Brühl

ausgegeben wurde. Es ist aber hier zu Ausschreitungen und Plünderungen kommen konnte, erschien die Polizei. Beim Anblick der mit Gummiknüppeln ausgerüsteten Beamten ergrißt die Demonstranten die Flucht. Verhaftungen wurden nicht vorgetragen.

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Dresden, den 5. Juni 1923.

Blatt für den 6. Juni.

Montag 8^h | Dienstag 12^h B.
Montag 8^h | Dienstag 11^h B.

1920 Französischer Dramatiker Pierre Corneille geb. — 1799 Russischer Dichter Alexander Pushkin geb. — 1861 Italienischer Staatsmann Camillo Cavour geb. — 1869 Komponist Siegfried Wagner geb. — 1920 Wahl des ersten deutschen republikanischen Reichsabgeordneten.

Schuldbuchforderungen der sächsischen Reichsbank.

Durch eine Bekanntmachung vom 30. Mai 1923 hat der Reichsminister der Finanzen den Inhabern von Schuldbuchforderungen der sächsischen Reichsbank (Kriegsanleihe) die Auszahlung eines Barbetrages von 260 % des Nennwertes ihrer Forderungen angeboten. Das Angebot erkratzt sich nur auf Forderungen, die über einen geringeren Betrag als 5000 Mark lauten, wobei jeder zu den jeweiligen Terminen verzinsliche Betrag für sich als eine Schuldbuchforderung anzusehen ist; wer also z. B. eine Gesamtforderung von 10 000 Mark hat, von denen 4000 Mark im Januar-Juli und 6000 Mark im April-Oktober zu verzinsen sind, erhält nur die im Januar-Juli verzinslichen 4000 Mark zu 260 % ausgezahlt, während die anderen 6000 Mark im Schuldbuch verbleiben und nur gegen Ausreichung von Schuldbuchverschreibungen gelöst werden können. Die Zahlung hat zur Folge, daß die Schuldbuchforderung erlischt, und der Gläubiger wegen seiner Rechte endgültig abgefunden ist. Sinen werden auf die Forderung nicht mehr gezahlt, sie sind vielmehr durch die Zahlung der 260 % abgegolten. Die Zahlung wird für Rechnung des Gläubigers an den im Schuldbuch eingetragenen Zinsenempfänger (z. B. Bank, Sparkasse) geleistet. Erhält dies nicht erwünscht, so kann der Gläubiger oder der sonst an seiner Stelle zur Verfügung stehende (Vater, Vormund, Erbe, Testamentsvollstrecker, Konkursverwalter usw.) der Reichsschuldenverwaltung einen anderen Empfänger bezeichnen; die Mitteilung muss jedoch spätestens bis zum Ablauf des 21. Juni d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingegangen sein. Wer mit der Auszahlung seiner Schuldbuchforderungen in dieser Weise nicht einverstanden ist, sondern statt des harten Geldes lieber Schuldbuchverschreibungen in Höhe des Nennwertes der Schuldbuchforderungen erhalten will, muß dies unverzüglich der Reichsschuldenverwaltung in Berlin SW 63, Cranenstraße 101-102 mitteilen; die Mitteilung kann in einfachster Schriftform ergehen und muß spätestens mit dem Ablauf des 21. Juni d. J. in den Händen der Reichsschuldenverwaltung sein. Schweigen gilt als Zustimmung zu der harten Auszahlung.

Mittwoch, den 6. Juni 4 Uhr Bismarckhalle

1. Waldkonzert.

1. Ruhende nachts! Moritz. Teile.
2. Ouvertüre à Opell: Die Freiheit ums Glück. Suppe.
3. Paraphrase: Wie läßt dich du? Schulze.
4. Ballerina! Intermezzo. Kühne.
5. Dämmert, ich hab' Heimat mein! Lied. Waldmann.
6. Wintersonntagslied! Wolter. Kreuse.

Es geht darum, daß sich der Friede nicht aufrechterhält. Der Friede ist eine Art Friede, der nicht mit Gewalt erlangt wird, sondern mit Frieden und Freude.

„Nur ob...“ „Ach ja, das ist mir.“ „Ich habe eine Reaktion.“ „Von Julius.“ „Ja, von Julius.“ „Deutsch.“ „Deutsch.“ „Nicht mehr.“ „Was ist das?“ „Angestellt.“ „Nenn Städte.“ „Ihr ein offenes Schild.“ „Ihre Hände.“ „In der schönen, glücklichen Welt.“

„Es geht darum, daß sich der Friede nicht aufrechterhält. Der Friede ist eine Art Friede, der nicht mit Gewalt erlangt wird, sondern mit Frieden und Freude.“ „Ganz still.“ „Dürde darüber.“ „Vielleicht.“ „Vielleicht.“ „Wo gibt es nur“ „Wo gibt es nur“ „Wo gibt es nur“